

Die Deutsche Vereinigung - Konsequenzen für die gewerkschaftliche Bildung

Jürgen Walter, geb. 1945 in Münchberg (Oberfranken), Maschinenschlosser, ist seit 1969 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik. 1975 wurde er Leiter der Abteilung Berufsbildung und 1982 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes. Er ist für die Bereiche Bildung und Umweltschutz zuständig.

Man muß diese Lehre Marxens passiert haben,
man muß sie teilweise und kritisch
anzuwenden verstehn. Als Religionsersatz
ist sie fürchterlich. (Kurt Tucholsky)

Zur „politischen“ Lage in den neuen Bundesländern

Die Frage nach Aufgaben und Zielen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist nach dem Prozeß der staatlichen Vereinigung und im Hinblick auf die soziale und menschliche Einigung äußerst aktuell. Auch die Tatsache, daß auf dem Balkan und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion immer mehr Staaten ihre Unabhängigkeit erklären, stellt eine neue Herausforderung dar. Die Frage ist, wie dieser Prozeß politisch, gewerkschaftspolitisch und in der Bildungsarbeit so begleitet werden kann, daß die gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsvorstellungen der Gewerkschaften nicht Schaden leiden.

Wahrscheinlich können viele Menschen im Westen diese wahrlich historischen Veränderungen innerlich kaum verstehen oder gar nachvollziehen. Auch die Gewerkschaften tun sich schwer mit einer einheitlichen Bewertung. Zweifellos ist die Debatte um den Begriff „Sozialismus“ wichtig. Darüber sollte jedoch nicht vergessen werden, daß die deutsche Einigung nicht nur eine intellektuelle, sondern auch eine emotionale Seite hat. Eine Vernachlässigung dieser emotionalen Seite könnte leicht zu einer Blockade der Mitarbeit beim Aufbau demokratischer Strukturen führen.

Der Hallenser Psychiater Hans-Joachim Maaz hat ein Psychogramm der DDR („Der Gefühlsstau“) vorgelegt, das die gesellschaftlichen und die individuellen seelischen Strukturen der DDR beschreibt. Es ist der mit Zorn, Scham und Trauer verfaßte „Erfahrungsbericht“ eines Betroffenen, der in einem totalitären System Opfer und Täter zugleich war. Die DDR, so Maaz, habe nahtlos an die seelisch-gesellschaftlichen Strukturen des Faschismus angeknüpft, umso heftiger sei die symbolische Abwehr dieses Kapitels der eigenen Geschichte ausgefallen. Die grundlegenden seelischen Strukturen der Menschen in der ehemaligen DDR sieht Maaz durch Mangelserlebnisse geprägt: Es herrschte nicht nur äußerer Mangel (an materiellen Gütern, an Reisemöglichkeiten, an freier Meinungsäußerung), sondern vor allem innerer Mangel an

Emotionalität und personaler Autonomie. Der innere Mangel wurde durch vielfältige gesellschaftliche Mechanismen und Institutionen - von der Familie über das öffentliche Erziehungssystem, die Kirche, die Justiz, die Medizin bis hin zu Partei, Gewerkschaft und Staat - erzeugt. Die spezifischen Beziehungsmuster des Alltags schienen „solidarisch“, waren in Wahrheit aber weitgehend dem alltäglichen Mangel geschuldet und wurden für das eigene Durchkommen instrumentalisiert. Maaz hält fest: „Es hat keine Revolution stattgefunden“; es gebe zwar gravierende politische, ökonomische und soziale Veränderungen, aber die psychischen Strukturen der Menschen seien unangestastet geblieben.

Auch die psychischen Folgen der Wende beschreibt der Autor einprägsam: Angst vor Freiheit, vor Eigenständigkeit und vor Veränderung konstatiert er neben und hinter den sichtbaren Ängsten vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor Konkurrenzkampf, Werteverfall und steigender Kriminalität. Soweit die Sicht eines Psychologen, sozusagen aus der Innensicht der neuen Bundesländern.

Diese Sichtweise ergänzt und erklärt eigene Erfahrungen, aus denen einige Thesen abgeleitet werden können:

1. Die Ostdeutschen sind in einem totalitären System aufgewachsen, das alle Experimentierungsspielräume beschränkte, das weder Meinungsfreiheit noch gesellschaftliche Öffentlichkeit kannte. Das System knüpfte an die Mechanismen der faschistischen Unterdrückung an. Von 1933 bis 1989 gab es, von einer kurzen Nachkriegsperiode abgesehen, keine demokratische Kultur.
2. Die Erziehung an Schule und Universität zielte auf Wohlverhalten und das Einüben unumstößlicher Glaubenssätze. Individualität, Kreativität, Eigeninitiative konnten in diesem Umfeld kaum entstehen. Das Studium setzte in der Regel entsprechende Aktivitäten in der FDJ und, für die Männer, einen dreijährigen Wehrdienst voraus.
3. Die prägendste Erfahrung für die Ostdeutschen im DDR-System ging zweifelsohne von der sozialen und kulturellen Stabilität aus, das heißt dem festen Arbeitsplatz, der sicheren Wohnung, den relativ übersichtlichen und stabilen Verhältnissen, der vertrauten Regelung des Alltages. Im Sprachgebrauch der ehemaligen DDR wurde das dahingehend zusammengefaßt, daß man sich „keinen Kopf“ machen müsse.
4. Selbstbewußtsein im eigentlichen Sinne des Wortes konnte nicht entstehen, weil das individuell erfolgreich bewältigte Konflikte voraussetzt. Dafür gab es aber im Erziehungssystem und der Gesellschaft der DDR keinen Raum.
5. Interessengegensätze wurden niemals differenziert formuliert und entsprechend ausgetragen. Auch die kulturelle Offenheit des Westens wirkt - wird man mit ihr plötzlich konfrontiert - für viele bedrohlich. Hinzu kommen andere Probleme, die im Rahmen einer freien und offenen Gesellschaft auf-

treten, zum Beispiel die Kriminalität oder auch die Informationsfülle, die den einzelnen immer wieder vor Auswahlprobleme stellt.

6. Die Wiedervereinigung der beiden Staaten hat dazu geführt, daß die Bevölkerung der früheren DDR beschleunigten Veränderungen auf fast allen Gebieten ausgesetzt ist. Entwicklungen, die sich in den alten Bundesländern in vierzig Jahren vollzogen, kehren dort quasi über Nacht ein und werden von vielen Menschen als neue Form der Fremdbestimmung empfunden.

7. Das Verhältnis der Ostdeutschen zu den Westdeutschen bleibt ambivalent: Man schätzt an der Marktwirtschaft den hohen Lebensstandard und an der Demokratie die politischen Freiheiten; ist aber gleichzeitig schlecht auf die (Brutalität der) Leistungsgesellschaft und die Vielfalt und Unbestimmtheit westlicher Gesellschaftssysteme vorbereitet. Man lehnt die alten Sprachformeln und Erziehungsmuster ab; es fällt einem aber schwer, sich in der Offenheit und Unstrukturiertheit der alten Bundesländer zurechtzufinden. Daraus entsteht die Gefahr, daß neue Ersatzideologien und einfache Interpretationsmuster an die Stelle alter Welterklärungen treten.

8. Mit der Offenlegung von Zahlen wurde das gesamte Ausmaß der sozialistischen Mißwirtschaft deutlich, das auch den Bewohnern der ehemaligen DDR im einzelnen nicht bekannt war. Zwar war ihnen bewußt, daß sie im Vergleich mit dem Westen schlechter dastanden - aber im Hinblick auf den Rest des „Ostblocks“ fühlten sie sich besser.

9. Die Reaktion auf diese Einsicht in eine umfassende Rückständigkeit ist vielfältig: Resignation und Mutlosigkeit machen sich vor allem bei älteren Menschen breit. Auch der formal hohe Ausbildungsabschluß, den viele in der ehemaligen DDR erreicht hatten, nutzt unter den momentanen Arbeitsmarktbedingungen wenig, was der Auseinandersetzung mit westlichen Arbeitskräften eine zusätzliche Schärfe gibt.

10. Zur Zeit vollzieht sich in der ostdeutschen Gesellschaft eine radikale Spaltung, deren Bedeutung den meisten Betroffenen wohl noch nicht bewußt ist. Etwa 50 Prozent aller Arbeitnehmer verlieren ihren Arbeitsplatz; für mehr als die Hälfte steht kein neuer Arbeitsplatz - weder in Ost noch West - bereit. Die weitreichenden Folgen dieses Arbeitsplatzverlustes werden erst in den kommenden Monaten und Jahren deutlich werden. Bisher herrscht die Hoffnung vor, es handle sich um eine kurzfristige Unterbrechung des Arbeitslebens, etwa solange bis der Betrieb modernisiert und wettbewerbsfähig sei. Nur wenigen kommt der Gedanke, daß es der Anfang einer dauerhaften Erwerbslosigkeit sein könnte.

11. Viele Arbeitnehmer und ihre Vertretungen in Ostdeutschland gehen zur Zeit Aufbaupartnerschaften mit den Betriebsleitungen ein. Nicht Konflikt und Auseinandersetzung, sondern Konsens und gemeinsamer Sanierungswille sind Leitlinien dieser Politik. Diese Haltung entspricht jener in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre.

Zu den Reaktionen der „Linken“

Die Auflösung der DDR und der Sowjetunion als Staaten des „real existierenden Sozialismus“ rufen aber nicht nur im Osten Deutschlands erhebliche Probleme hervor. Auch ein Teil der westdeutschen „Linken“ - und nicht nur jene, die sich an der DKP orientierten - leidet darunter. Auch dazu seien einige Thesen formuliert:

1. Es gibt den Status quo zwischen „Ost“ und „West“, zwischen „real existierendem Sozialismus“ und Kapitalismus nicht mehr. Damit ist ein Stück Utopieverlust für die westeuropäische Linke verbunden, zumal nun zweifelsfrei erwiesen ist, daß diese Form staatlicher Verwaltung und Ökonomie nicht reformierbar war. Es ist sozusagen ein Vakuum entstanden, das zur Zeit nicht ausfüllbar scheint.

2. Auch in Westdeutschland wurden Ziel und Weg von manchen Linken verwechselt. Als Ziel wurde meist der „Sozialismus“ angegeben, auch wenn es sehr unterschiedliche Vorstellungen über dessen Ausgestaltung gab. Eine simple Zielsetzung wie etwa die, daß jeder Mensch Lebensfreude, Spaß am Leben empfinden können soll, war ihnen als Gesellschaftsziel verpönt. Daß Sozialismus ein möglicher Weg dorthin sein könne, wurde nicht erkannt. Um den „Sozialismus“ wurde nicht nur in Osteuropa ein „pseudoreligiöser Kult“ (Maaz) getrieben, sondern auch bei einem großen Teil der westdeutschen „Linken“ - und dieser Teil leidet nun an einer Identitätskrise.

3. In Westdeutschland gibt es Versuche, sich seine linke, auf Sozialismus ausgerichtete Identität nicht zerstören zu lassen. Man sammelt sich und versucht, den Begriff Sozialismus mit neuen Inhalten zu füllen. Da er jedoch unauflöslich mit den Entwicklungen in Osteuropa verbunden bleibt, beginnt nun auch in der westdeutschen Linken ein Abarbeiten an Ostdeutschland. Dabei wird den Ostdeutschen und den Osteuropäern gelegentlich Mitschuld für den eigenen Verlust zugewiesen.

4. Bei einigen westdeutschen „Linken“ gibt es eine ausgeprägte „Lust am Leiden“. Nachdem man an Osteuropa nicht mehr leiden kann, stürzt man sich verstärkt auf die sogenannte „Dritte Welt“. Es heißt, daß unser Wohlstand nur auf der Ausbeutung jenes Teils der Welt beruhe. Diese Ungerechtigkeit soll beseitigt werden (ein in der Tat richtiges und sehr wichtiges politisches Ziel), allerdings werden dafür keine konkreten oder gar attraktiven Politikmodelle angeboten. Wiederum fühlt man sich in seiner Politiknische, als besserer Teil der Gesellschaft, wohl und kann am - moralisch indiskutablen - Rest der Gesellschaft leiden. Dieser Teil der „Linken“ muß sich fragen lassen, ob er überhaupt politikfähig sein will.

5. Für viele dieser „Linken“ stellt sich die eigene Geschichte - die Geschichte der Arbeiterbewegung und vor allem die Geschichte der Gewerkschaften - als eine Reihe von Niederlagen dar. (Natürlich spielt dabei die dramatische Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Faschismus

eine entscheidende Rolle.) Es fehlt der Stolz auf Erreichtes. Die Angst vor einem „Stillstand“ ist übermächtig. Ein unerreichtes Ziel scheint immer noch in der Ferne zu locken. In dieser Sichtweise wiegt der unverkennbare Einfluß, den Gewerkschaften auf die Entwicklung dieser Gesellschaft genommen haben und nehmen, wenig.

6. Die westdeutsche „Linke“ wartete auf die allgemeine Krise, die letzte Krise des Kapitalismus. Diese Erwartung ist durch den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ erschüttert. Gibt es noch eine Alternative?

Konsequenzen für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Im Hinblick auf Inhalte und Methoden der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ergibt es aus diesem Befund:

1. Ostdeutsche sind vor allem an Fachkursen interessiert: Arbeitsrecht, Betriebswirtschaftslehre und so weiter. Vorrang hat die Wissensaneignung, es wird ein fundiertes Grundlagenwissen angestrebt. Ein profilierter eigener politischer Standort, auch innerhalb der Interessenvertretung, wird eher als hinderlich betrachtet.

2. Kurse, die die Aufarbeitung der Vergangenheit ausdrücklich zum Thema machen, werden kaum besucht.

3. Es ist an dem Bedürfnis nach Fachwissen so anzusetzen, daß eigene Erfahrungen eingebracht werden können. Insofern erlebt der Erfahrungsansatz eine Renaissance. Das dürfte die angemessene Methode sein, politische Sachverhalte zu diskutieren und zum politischen Handeln zu kommen.

4. Die gewählten Arbeitsformen müssen - stärker noch als im Westen - auf eine Aktivierung und Einbeziehung der Kursteilnehmer zielen. Ostdeutsche sind es kaum gewohnt, sich aktiv in Unterrichtssituationen einzubringen. Deshalb sind Rollenspiele, offene Diskussionsformen und so weiter wichtig. Individuelle Erfolgserlebnisse sind zweifelsohne das beste Mittel zur Überwindung bestehender Komplexe.

5. Auch wenn zur Zeit der Bildungsbedarf eher fachlich orientiert ist, muß für Ostdeutschland eine Infrastruktur öffentlicher Erwachsenenbildung angestrebt werden. Hierzu gehört der Aufbau von „Arbeit und Leben“, aber auch der Aufbau von Heimvolkshochschulen.

6. Die Differenziertheit von Interessen muß deutlich werden. Es reicht aber nicht, den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zum ehernen Prinzip zu erklären. Es ist zum Beispiel außerordentlich schwierig, Arbeitnehmern, die mit ihrem Betrieb in Ostdeutschland ums Überleben kämpfen, klar zu machen, daß die neu angeschaffte und dringend benötigte Datenverarbeitungsanlage der Kontrolle durch die Betriebsräte bedarf. Auch in diesem Fall hat der Erfahrungsansatz seine besondere Bedeutung, wobei zu fragen ist, wie die kollektiven Erfahrungen der Ostdeutschen in die Bildungsarbeit einbezogen werden können.

7. Bei der Beschäftigung mit Utopien sollten Ziele und Wege möglichst nicht verwechselt werden. „Einfache“ Ziele wie Lebensfreude oder Zufriedenheit dürfen nicht unberücksichtigt bleiben.

8. Gewerkschaften müssen, wie alle gesellschaftlichen Institutionen, den Prozeß der Kommunikation zwischen beiden Teilen Deutschlands organisieren. Das Zusammenwachsen Deutschlands kann nicht nur auf dem Fernsehschirm stattfinden. Die Menschen müssen zusammengebracht werden, müssen lernen, sich gegenseitig zuzuhören. Die IG Chemie-Papier-Keramik hat damit in ihrer Bildungsarbeit gute Erfahrungen gemacht.

9. Die Verantwortung des einzelnen für sein Tun als Glied dieser Gesellschaft muß herausgestellt werden. Jeder muß an seinem Platz einen Beitrag zum Zusammenwachsen leisten. Gerade unter dem Eindruck verstärkter Ausländerfeindlichkeit ist das von zentraler Bedeutung. Nicht „die da oben“, Politiker, Unternehmer, sondern wir alle bestimmen das Bild Deutschlands.

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Einigung gibt es eine unterschiedliche politische Prioritätensetzung. Die einen denken über die postindustrielle Gesellschaft nach - was von einem bestimmten Wohlstandsniveau her interessant sein kann -, die anderen möchten erst einmal einen Zipfel dieses Wohlstandes erreichen.

Ähnliches gilt für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Während es in Ostdeutschland um Inhalte und Organisation von Interessenvertretung geht, werden in der „alten“ Bundesrepublik Fragen der „sozialen Kompetenz“ und der „Methodenkompetenz“ immer wichtiger.

Streßbewältigung, Moderation, Kommunikation, Projektmanagement - diese Themen müssen aus dem Umfeld der Management-Bildungsarbeit gelöst, gewerkschaftlich aufgearbeitet und in der Bildungsarbeit angeboten werden. Ein Teil dieser Methoden war bereits Anfang der siebziger Jahre Bestandteil gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, wurde jedoch verdrängt. Es gilt, an diese Tradition wieder anzuknüpfen.

Wenn es Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Einrichtungen nicht gelingt, eigenständige Angebote zu entwickeln, dann werden sie sehr schnell als inhaltlich nicht kompetent wahrgenommen werden.

Unsere Bildungsarbeit steht nicht nur im Osten vor Herausforderungen, sondern insgesamt vor der Notwendigkeit, sich innovationsfähig zu zeigen. Wenn das nicht gelingt, wird es nicht nur zur Stagnation, sondern zum Rückschritt kommen.